

GiB-Jahresbericht 2013



Liebe Freundinnen und Freunde von GiB,

Mitte Januar hatte ich auf einem Symposium zur Umsetzung des Menschenrechts auf Wasser ein interessantes Erlebnis: Ein Referent schilderte Projekte, die aufs Haar genau klangen wie PPP-Projekte. Aber die Begriffe [PPP und ÖPP](#) kamen in seinem Beitrag nicht vor. Als die Diskussion eröffnet wurde, stellte ich die Frage, ob mit dem Vortrag PPP-Projekte gemeint seien und, falls ja, warum das Modell so positiv dargestellt worden sei, obwohl doch bereits so viele negative Erkenntnisse vorlägen. Der Referent antwortete sinngemäß wie folgt: **„Man muss das differenziert betrachten. Das, wovon ich rede, ist kein PPP.“** Und fügte hinzu: „Das ist was ganz anderes – das ist Private Sector Participation, also, PSP!“. Das Publikum brach in Gelächter aus.

Ich war in diesem Moment doch überrascht - von der Antwort auf meine Frage, aber auch von der Reaktion des Publikums auf die Antwort. Beides hat mir deutlich vor Augen geführt, wie weit wir mit der Kritik an PPP in Deutschland schon gekommen sind: PPP-Lobbyisten ist es peinlich geworden, das Wort in den Mund zu nehmen. Und gleichzeitig sind den BürgerInnen hierzulande PPP-Modelle schon so geläufig, die Nachteile so präsent, dass sprachliche Ausflüchte sie spontan zum Lachen bringen.

Diesen Trend bestätigt auch die neueste [dbb-Umfrage](#): demnach ist die Zahl der Menschen, die keine weiteren Privatisierungen wollen bzw. sich ihre Rückabwicklung wünschen, von 78 Prozent in 2012 auf 84 Prozent in 2013 gewachsen. Gleichzeitig finden weiter Verkäufe statt, werden hohe Hürden vor Rekommunalisierungen errichtet und mit dem Inkrafttreten der Schuldenbremse meldet sich ein neuer Sachzwang. Aufklärung und Meinungstrends allein werden nicht ausreichen, um unsere Gemeingüter unter demokratische Kontrolle zu bringen. Wir müssen aktiv Privatisierungen verhindern und gleichzeitig konkreten Alternativen zum Durchbruch verhelfen.

Wir danken allen, die uns bisher ideell und finanziell unterstützt haben, und freuen uns, wenn Sie uns auch weiterhin zur Seite stehen. Mehr zur Förderung von GiB am Ende dieses Jahresberichts oder gleich hier.

Mit besten Grüßen
Laura Valentukeviciute

P.S. Es freut uns sehr, dass unser Kreis sich ausweitet und immer mehr neue Menschen hinzu kommen. Um keinen zu überrumpeln, haben wir uns entschieden in unseren Infobriefen, auf der Webseite und anderen Kanälen **von „Du“ auf „Sie“ umzusteigen.**

P.P.S. Die Forderung nach Transparenz spielt in unserer Arbeit eine sehr wichtige Rolle. Wir richten diesen Anspruch auch an uns selbst und haben deswegen, neben der regelmäßigen Veröffentlichung von Jahresberichten, im Februar 2014 auch die Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.

I. GIB IN AKTION

Das Jahr 2013 begann mit dem Streit um die Privatisierung eines Abschnitts der Autobahn 7. Peter Ramsauer, zu diesem Zeitpunkt noch Verkehrsminister, versuchte PPP mit Basta-Methoden durchzusetzen. Per Dekret sollte das zuständige Land Niedersachsen, das PPP ablehnte, zur Ausschreibung der Sanierungsmaßnahmen via PPP gezwungen werden. Die Warnungen des Bundesrechnungshofs wurden beiseite gefegt, der massive Widerstand der Beschäftigten ignoriert. GiB hat Kontakt mit den Menschen vor Ort gehalten und mit der Aktion unter dem Motto „Raumsauer, wir sind sauer! Keine Privatisierung der A7“ vor dem Bundesverkehrsministerium in Berlin den Fernsehkameras einen PPP-Goldesel präsentiert. In Witten trugen wir auch dazu bei, dass ein drohendes PPP-Projekt erfolgreich abgewendet werden konnte. Allerdings nicht mit Aktionen, sondern mit einem anderen Instrument – einer Analyse, die wir für die Ratsfraktion Bürgerforum Witten zu den dortigen PPP-Projekten gemacht haben.

Die für uns größte Aktion im Jahr 2013 fand im Juni statt, als wir die Kampagne „Privatisierung beenden: PPP jetzt stoppen!“ starteten. In einem Brief wandten wir uns an die Abgeordneten des künftigen Bundestags und forderten sie zum Umdenken in Sachen PPP auf. Das Schreiben und die Unterschriften haben wir in einer medienwirksamen Aktion am Tag der Konstituierenden Sitzung des Bundestages im Oktober an VertreterInnen der SPD, der Grünen und der Linken übergeben. Ob deswegen die SPD – immerhin PPP-Initiatorin der ersten Stunde – in den Koalitionsverhandlungen ein Ende dieses Modells gefordert hat? Die Weiterverfolgung von PPP kam leider dann doch in den Koalitionsvertrag, aber der kleine Erfolg gibt uns Mut.

Im Rahmen öffentlicher Aktionen, Kundgebungen und Straßenfesten waren wir dieses Jahr wieder viel unterwegs und haben Informationen zu Privatisierung und PPP unter die Leute gebracht. Eine Übersicht über unsere Aktionen befindet sich [hier](#).

II. VERANSTALTUNGEN UND DISKUSSIONEN

Auch im Jahr 2013 haben wir zahlreiche Infoveranstaltungen und Workshops angeboten oder als ReferentInnen daran Teil genommen: in Berlin, Braunschweig, Hannover, Hamburg, Husum, Nordhausen, Pforzheim oder Weimar. Die Liste unserer Veranstaltungen ist [hier](#) zu finden.

Im Februar hatten wir einige Tage lang den Wissenschaftler Dexter Whitfield aus Irland zu Gast. In mehreren Workshops und einer öffentlichen Diskussion bekamen wir einen tiefen Einblick in die neuesten Entwicklungen zu PPP in Großbritannien, aber auch weltweit. Darüber hinaus waren seine Hinweise zum Aufbau der von ihm betreuten ESSU-Database für uns eine große Hilfe beim Aufbau unseres eigenen PPP-Archivs.

Auch bei den regulären monatlichen GiB-Treffen konnten wir eine Reihe von Vorträgen organisieren, unter anderem zu den Themen: Project-Bonds-Initiative auf EU-Ebene, Rekommunalisierung, Genossenschaften, Gemeingüter und demokratische Kontrolle.

III. PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Auf unserer Webseite haben wir im Jahr 2013 fünfzig Pressemeldungen und Artikel zu PPP und Privatisierung sowie verwandten Themen veröffentlicht. Mehrere Beiträge wurden auch in anderen Medien und Blogs aufgegriffen, z.B. Nachdenkseiten, Frankfurter Rundschau, taz, Neues Deutschland sowie den Zeitschriften Contraste, Ossietzky, und SPW.

Im Oktober haben wir die Preisverleihung des PPP-Innovationspreises durch die Lobby-Agentur Bundesverband PPP zum Anlass genommen, zusammen mit ver.di eine [Pressekonferenz mit dem Titel „Gesucht wird die nächste Elbphilharmonie“](#) auszurichten. Dort haben wir die bisherigen Preisträger unter die Lupe genommen und der Öffentlichkeit aufgezeigt, dass sich der Skandal um die Hamburger Elbphilharmonie, Preisträgerin 2007, durchaus verallgemeinern lässt. Die Stein gewordene Hamburger Prestigesucht ist ein typisches Beispiel der PPP-Praxis, wenn auch ein besonders kostspieliges.

Auch außerhalb der Pressekonferenzen haben wir JournalistInnen mit Hintergrundinformationen zu Privatisierung und PPP versorgt.

Im letzten Jahr haben wir außerdem unser Infopaket erweitert: Die Faktenblätter-Reihe - [eine Sammlung unserer Grundlagenarbeit - zählt mittlerweile zwölf Ausgaben](#).

Für die Mobilisierung zu unserem Aufruf „Privatisierung beenden: PPP jetzt stoppen!“ haben wir zwei Videoclips produziert. Unter dem Titel [„PPP ist wenn...“](#), machen die Clips kurz und prägnant deutlich, was PPP ist und welche Folgen PPP haben kann.

Außerdem haben wir den interessanten und informativen Trickfilm [„Rekommunalisierung: Unser Wasser zurück in die öffentliche Hand!“](#) - eine Gemeinschaftsproduktion von Municipal Service Project, Transnational Institute und Corporate Europe Observatory - übersetzt.

Ganz wesentlich trug auch die Nominierung von GiB für den taz-Panterpreis für Menschen und Initiativen, „die sich mit großem persönlichen Einsatz für andere stark machen und mutig Missstände aufdecken“, dazu bei, dass das Thema Privatisierung und PPP sowie die Arbeit von GiB stärker in die Öffentlichkeit rückte.

IV. KOMMUNIKATION UND VERNETZUNG

Neben den bereits erwähnten Kooperationen haben sich letztes Jahr erfreulicherweise auch zahlreiche weitere ergeben, zum Teil mit neuen Mitstreitern, aber auch mit „älteren Bekannten“: Berliner Wassertisch, Berliner Energietisch, Bündnis Bahn für Alle, Wasser in Bürgerhand, attac, Antiprivatisierungsnetzwerk APRI, ver.di und DGB, Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW), Bündnis gegen Privatisierung / Frankfurt, Wem gehört Berlin?, Mülheimer Bürgerinitiative MBI, Braunschweiger

Bürgerinitiative BIBS, Our World Is Not for Sale (OWINFS), Food & Water Watch, EPSU und einige mehr. Wir haben gemeinsame Pressemitteilungen und Briefe geschrieben, unsere Petitionen gegenseitig unterstützt, Bundestreffen, öffentliche Veranstaltungen und Pressekonferenzen organisiert und durchgeführt, für verschiedene Demos und Kundgebungen mobilisiert (und dann daran teilgenommen) oder uns einfach gegenseitig beraten und mit guten Tipps versorgt.

In der Regel organisieren wir einmal im Jahr ein Bundestreffen, um mit unseren MitstreiterInnen und SympathisantInnen aus ganz Deutschland zusammenzukommen, uns zu beraten und auszutauschen. Im letzten Jahr konnten wir dieses wichtige Netzwerk-Ereignis sogar zwei Mal stattfinden lassen: Ende Januar in Braunschweig und Ende November, zusammen mit der attac-AG Kommunen, in Hannover. Im Rahmen des letzteren Treffens haben wir spannende Ideen für das Jahr 2014 entwickelt, die im Ausblick 2014 dargestellt sind.

VI. FINANZEN

Der finanzielle Spielraum, der GiB im Jahr 2013 zur Verfügung stand, fiel am Ende etwas kleiner aus als erwartet. Gleichzeitig ist jedoch auch die Differenz zwischen unseren Wünschen und der finanziellen Entwicklung etwas kleiner geworden als in den Jahren 2011 und 2012. Wir freuen uns darüber, dass GiB im Alter von gut drei Jahren ein Stückchen professioneller darin geworden ist, unser Ziele und Möglichkeiten miteinander zu vereinbaren. Wir sind aber noch keineswegs „über den Berg“ und von einer dauerhaft tragfähigen Einnahmesituation noch weit entfernt. Gemessen an der Notwendigkeit, die Aufklärung über und die Mobilisierung gegen die rücksichtslose Verwertung der Gemeingüter zu organisieren, sind die zur Verfügung stehenden Menschen und Mittel eher ein knappes Gut. Insbesondere fehlt uns Geld für professionelle Unterstützung im IT- sowie im Recherchebereich. Eine Übersicht über unsere Einnahmen, Ausgaben sowie der Ausblick auf 2014 finden sich weiter unten. Im Folgenden eine Übersicht der wichtigsten Posten.

EINNAHMEN

Persönliche Förderungen und Spenden: Es freut uns sehr, dass immer mehr Menschen GiB unterstützen, die wir zuvor nicht kannten. Dies spiegelt für uns die positive Entwicklung wider, dass die Arbeit von GiB nun zunehmend bekannter wird und das Vertrauen in unsere Initiative wächst. Diese Tendenz gilt sowohl für Fördermitglieder als auch für SpenderInnen. Der Kreis der GiB-Fördermitglieder ist im Jahr 2013 weiter gewachsen: Zurzeit unterstützen uns 35 Menschen mit ihren regelmäßigen Beiträgen zwischen 5 und 100 Euro pro Monat. Damit trugen sie 2013 einen bedeutenden Anteil in Höhe von 10.130 Euro zur Finanzierung unserer Arbeit. Die dauerhafte Unterstützung durch Mitgliedsbeiträge ist uns besonders wichtig, weil diese es uns ermöglichen, kontinuierlich an Themen zu arbeiten oder auf die dringenden Probleme spontan zu reagieren, ohne in unserer Arbeit von begrenzten und aufwändig zu beantragenden Projektfinanzierungen abhängig zu sein. Auch SpenderInnen waren letztes Jahr großzügiger und sorgten für insgesamt 14.172 Euro an Einnahmen.

Stiftungen: Die dreijährige Förderung durch die Bewegungstiftung hatte sich vereinbarungsgemäß von Jahr zu Jahr verringert, sodass unsere Aufgabe jeweils darin

bestand, die „Lücke“ gegenüber dem Vorjahr durch eigene Anstrengungen zu schließen. Die letzte Rate von 10.000 Euro haben wir Anfang 2013 erhalten und im Jahr 2014 müssen wir nun finanziell auf eigenen Füßen stehen. Von weiteren Stiftungen haben wir insgesamt 12.651 Euro bekommen, die sich wie folgt zusammen setzen: Verein der Bundestagsfraktion Die Linke (200 Euro), BGAG Walter Hesselbach (7.400 Euro), Rosa-Luxemburg-Stiftung (750 Euro), Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt (3.645 Euro) und Netzwerk Selbsthilfe (656 Euro).

Sonstiges: Eine weitere wichtige Einnahmequelle stellten unsere Vorträge, Materialien und zwei Gutachten zu PPP dar (gut 6.000 Euro).

AUSGABEN

Auch die meisten unserer Ausgaben sind etwas niedriger ausgefallen als geplant:

- Personalkosten bilden die größte Summe, wobei ein kleiner Rückgang zu verzeichnen ist (auf 31.219 Euro). Der Grund dafür ist eine Pause im Fundraisingbereich und die dauerhafte Unterbesetzung im IT-Bereich. Vor allem letzteres wollen wir im Jahr 2014 ändern, darüber hinaus aber auch die längst notwendige Stundenerhöhung im Bereich Koordination schaffen.
- Der Bereich Sachkosten hat sich nicht wesentlich erhöht und blieb bei einer ähnlichen Größenordnung wie im Vorjahr (13.917 Euro). Ebenso wie im Jahr 2012 haben wir auch 2013 keine großen Ausgaben für Aktionsmaterial gehabt. Das liegt einerseits daran, dass wir keine aufwändigen und teuren Aktionsmaterialien benutzen und andererseits daran, dass viele unserer Aktivitäten in Form von Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit über Online-Medien erfolgen. Das ist z.B. bei der Erhöhung der Kosten im Online-Bereich zu sehen.

Einnahmen- und Ausgabentabelle

Einnahmen	Ist 2012	Soll 2013	Ist 2013	Soll 2014
Übertrag	7.937,52	5.592,67	5.592,67	15.136,81
Bewegungsstiftung	20.000,00	10.000,00	10.000,00	0,00
GiB-PatInnen	10.425,00	12.000,00	10.130,00	11.000,00
Fördermitglieder	120,00	1.500,00	1.545,00	2.000,00
Spendenaufrufe	6.945,00	11.300,00	14.172,41	18.500,00
Stiftungen, Fördereinrichtungen	9.961,85	19.000,00	12.651,00	16.000,00
Materialien, Vortragshonorare	3.923,92	1.150,00	3.182,08	1.000,00
Gutachten, Forschung	0,00	0,00	3.000,00	10.000,00
Gesamtsumme Einnahmen	59.313,29	60.542,67	60.273,16	73.636,81
Ausgaben				
Personal	Ist 2012	Soll 2013	Ist 2013	Soll 2014
Gehalt (Koordination)	-23.592,49	-23.600,00	-21.956,94	-27.000,00
Honorar (Fundraising)	-9.620,00	-9.000,00	-6.567,49	-9.000,00
Honorar (Webmaster)	-5.075,85	-5.100,00	-210,00	-9.000,00
Honorare, Ehrenamtszuschüsse	-1.945,00	-2.000,00	-2.485,00	-2.000,00
Zuwendungen für PraktikantInnen	0,00	-200,00	0,00	-200,00
Zwischensumme	-	-	-	-

Personalkosten	40.233,34	39.900,00	31.219,43	47.200,00
Sachkosten	Ist 2012	Soll 2013	Ist 2013	Soll 2014
Büro-Miete	-4.653,28	-4.100,00	-3.826,92	-3.900,00
Büro-Material	-1.022,62	-1.100,00	-528,25	-600,00
Telekommunikation und Web	-285,74	-300,00	-944,69	-950,00
Porto und Versand	-1.003,59	-1.800,00	-2.181,13	-3.000,00
Reise- u. Teilnahmekosten, Fachliteratur	-2.527,29	-2.600,00	-2.073,29	-2.100,00
Publikationen	-1.723,88	-2.000,00	-1.583,88	-2.000,00
Material für Aktionen	-735,38	-2.000,00	-178,50	-200,00
Rechtskosten	0,00	-50,00	-80,26	-50,00
Ausstattung: PC, Büromöbel etc.	-535,50	-550,00	0,00	-550,00
Zinslose Kredite	-1.000,00	-2.500,00	-2.520,00	-2.500,00
Zwischensumme Sachkosten	-	-	-	-
	13.487,28	17.000,00	13.916,92	15.850,00
Gesamtausgaben Pers.u.Sachkosten	-	-	-	-
	53.720,62	56.900,00	45.136,35	63.050,00
Saldo	5.592,67	3.642,67	15.136,81	10.586,81

VII. WIE WEITER?

Die für das Jahr 2014 geplanten Aktivitäten sind Ergebnis einiger Strategie- und Bundestreffen im Jahr 2013, bei denen wir im größeren Kreis über unsere künftigen Schritte diskutiert haben. Entstanden ist eine Mischung aus den notwendigsten Schritten einerseits und aus den für uns interessanten Betätigungsfeldern andererseits. Denn wir sind der Meinung: Wenn wir die Privatisierungspolitik dauerhaft und ernsthaft bekämpfen wollen, darf der Spaß an der Arbeit nicht fehlen :)

Im Jahr 2014 haben wir vor:

- einen **Privatisierungsmelder** einzurichten, damit man über die PPP- und Privatisierungsprojekte schneller informieren kann,
- eine **AktivistInnenbörse** zu starten und damit eine bessere Vernetzung der Aktiven zu ermöglichen,
- das **PPP-Register** (bisher PPP-Archiv) öffentlich zugänglich zu machen,
- **Kontakt zu KommunalpolitikerInnen** aufnehmen, um sie bei der Abwehr von PPP zu unterstützen. Zudem veranstalten wir gemeinsam mit den attac-AGs Kommunen und Privatisierung einen **Kongress für KommunalpolitikerInnen** im Herbst 2014.
- Ende März starten wir gemeinsam mit anderen Organisationen im Bündnis „Bahn für Alle“ einen **Aufruf gegen die formelle Bahnprivatisierung** und laden ein zum **Kongress „20 Jahre Bahnreform - 20 Jahre Stuttgart 21“** von 25.-27. April in Stuttgart.

Natürlich werden wir auch weiterhin laufende politische Ereignisse verfolgen, wobei wir auf zwei Entwicklungen besonders gespannt sind: Einerseits auf die **Offenlegung**

der durch PPP verursachten Verschuldung (die Offenlegung ist seit 2014 für alle EU-Länder verpflichtend). Und andererseits auf die **Einhaltung der Koalitionsvereinbarung, neue PPP-Projekte einer „neutralen“ und „transparenten“ Wirtschaftlichkeitsprüfung zu unterziehen**. Wir werden Sie zeitnah über die Umsetzung dieser Vorhaben informieren und natürlich Druck auf PolitikerInnen machen, damit ihre Erklärungen keine leeren Versprechen bleiben.

Das Budget für unsere geplanten Aktivitäten 2014 beläuft sich auf rund 70.000 Euro. Um diese Summe zu stemmen brauchen wir Sie an unserer Seite und freuen uns, wenn Sie im Jahr 2014 die Arbeit von GiB unterstützen! [Jede Spende hilft!](#)

EINLADUNG ZU EINER MITGLIEDSCHAFT BEI GiB

Für die kontinuierliche Antiprivatisierungsarbeit sind insbesondere die regelmäßigen Förderbeiträge hilfreich. Deswegen laden wir Sie ein, [GiB-Mitglied](#) (ab 5 Euro/Monat) oder [GiB-Patin/Pate](#) (ab 25 Euro/Monat) zu werden. Dafür müssen Sie lediglich unsere [Ziele und Grundsätze](#) teilen.

Für die Mitgliedschaft, füllen Sie bitte das [Beitrittsformular](#) und senden Sie es an: Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB) e.V., Weidenweg 37, 10249 Berlin oder per Fax.: 030 37 30 22 96. Oder schicken Sie uns das ausgefüllte Formular per Mail an info@gemeingut.org.